

# Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

19. Februar 2008

## P R E S S E E R K L Ä R U N G

### **Rose fordert verbesserten Schutz der Roma und anderer Minderheiten im Kosovo**

Angesichts der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und der bevorstehenden Anerkennung des neuen Staates durch die Bundesrepublik Deutschland und andere Mitglieder der Europäischen Union forderte der Zentralratsvorsitzende, Romani Rose, heute in Heidelberg einen verbesserten Schutz der dort seit Jahrhunderten beheimateten Roma und anderer Minderheiten. Viele der 200 000 Roma, die vor dem Krieg im Jahr 1999 im Kosovo lebten, hätten, so Rose, Vertreibung, Verfolgung und Ermordung erleben müssen. Für die im Land verbliebenen geschätzten 35 000 bis 40 000 Angehörigen der Minderheit könnten die Nato-Truppen bis heute keinen ausreichenden Schutz vor gewaltsamen Angriffen garantieren, wie auch die Pogrome vom Frühjahr 2004 deutlich gemacht hätten.

Mehrfach, so der Zentralratsvorsitzende weiter, hätten der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in ihren Berichten zum Kosovo deutlich gemacht, dass Roma am stärksten von „schwerwiegenden ethnisch motivierten Straftaten“ betroffen sind. Angehörige der Roma-Minderheit würden darüber hinaus beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie dem Gesundheits- und Schulwesen behindert und durch die Justiz benachteiligt. Rose hatte sich nach dem Einmarsch der Nato in das Kosovo im Jahr 1999 selbst ein Bild der Situation gemacht und Gespräche mit den militärisch und politisch Verantwortlichen vor Ort geführt. Trotz der massiven Menschenrechtsverletzungen ist die drittgrößte Minderheit des Kosovo nicht an den Statusverhandlungen zur Zukunft des Landes beteiligt worden. Die darin getroffenen Vereinbarungen böten, so Rose, keinen ausreichenden Schutz der Minderheiten des Kosovo, insbesondere da alle zentralen Institutionen des neuen Staates wie Polizei, Gerichte und Verwaltungen zukünftig von der albanischen Bevölkerungsmehrheit dominiert würden. Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands nach dem Holocaust forderte Rose von der Bundesregierung, sich für einen verbesserten Schutz der Roma und anderer Minderheiten im Kosovo einzusetzen.